

# Unsere Anträge für die Landtagssitzung Juni 2021

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)



## **Entwurf eines Gesetzes über die Förderung der Produktionsschulen in Mecklenburg-Vorpommern - [Drucksache 7/5877](#)**

Die Produktionsschulen in Mecklenburg-Vorpommern leisten seit mehr als zwanzig Jahren einen wichtigen Beitrag dazu, Jugendliche und junge Erwachsene mit verschiedensten Problemen erfolgreich in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren. Als Einrichtungen der Jugendhilfe haben sie sich bewährt. Entscheidend für den Erfolg dieses alternativen Modells zu einer vollschulischen Ausbildung ist die praktische Arbeit unter Anleitung von Werkstattpädagoginnen und Werkstattpädagogen, die Betreuung und Begleitung durch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie die weiteren produktionsschulspezifischen Prinzipien (Freiwilligkeit, Gemeinschaft, Taschengeld nach Leistung etc.). Tausende Jugendliche konnten so im Laufe der Jahre mit Hilfe der Produktionsschulen Orientierung und ihren Weg ins Leben/im Leben finden.

Linksfraktion sichert Zukunft der Produktionsschulen mit dem bundesweit ersten Produktionsschulgesetz. Weniger Bürokratie, mehr finanzielle Sicherheit und mehr Planbarkeit für alle.

## **Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung des Insolvenzordnungsausführungsgesetzes - [Drucksache 7/6052](#)**

Seit einem Jahr hat die Landesregierung es nicht auf die Reihe gekriegt – jetzt sollen es die Kommunen und die Beratungsstellen ausbaden. Mehreren hundert Beratungs- und Verwaltungsfachkräfte droht die Kündigung. Wir fordern, runter vom Gas und stattdessen gemeinsam und planvoll die gewollte Umgestaltung anvisieren.

## **Mecklenburg-Vorpommern aus dem Lohnkeller führen - Weichen für die Zukunft richtig stellen - [Drucksache 7/6176](#)**

Mecklenburg-Vorpommern ist deutschlandweit nach wie vor im Lohnkeller. Durchschnittlich verdienen die Beschäftigten knapp 6 Euro in der Stunde weniger als im bundesweiten Vergleich. Gleichzeitig wird im Schnitt 1,5 Stunden in der Woche mehr gearbeitet. Grund dafür ist die geringe Tarifbindung im Land. Nur 23 Prozent aller Betriebe sind tarifgebunden. Trotz wohlklingender Ankündigungen von SPD und CDU gab und gibt es keine zielgerichteten Maßnahmen, diesen Missstand zu beseitigen.

## **Aussprache: Verfassungsauftrag erfüllen - Staatsleistungen an Kirchen ablösen**

Mit dem Reichsdeputationshauptschluss 1803 wurde beschlossen, die Kirchen in Teilen zu enteignen. Als Ausgleich wurden Entschädigungszahlungen mit den Landesfürsten vereinbart, deren heutige Rechtsnachfolger die Bundesländer sind. Diese Entschädigungen werden allgemein als „Staatsleistungen“ bezeichnet und haben nichts mit Kirchensteuern, finanziellen Zuwendungen für soziale bzw. caritative Arbeiten der Kirchen oder dem Denkmalschutz zu tun. Sie werden pauschal und ohne einen Verwendungsnachweis gezahlt.

Derzeit belaufen sich die Staatsleistungen an die Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern laut Haushaltplan des Justizministeriums auf jährlich ca. 14 Millionen Euro

## **Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene respektieren - Radverkehr stärken - [Drucksache 7/6173](#)**

In 46 Kommunen in Deutschland gibt es Radentscheide bzw. werden Radentscheide vorbereitet. Die Gründe der Beanstandung, zu unbestimmte Formulierung und Zweifel an der Finanzierbarkeit der Forderungen, sind absurd. In anderen Radentscheiden finden sich wortgleiche oder ähnliche Forderungen. Deutschlandweit hat bislang keine Aufsichtsbehörde die Formulierungen der Forderungen moniert, geschweige denn eingegriffen. Auch ist das was gewollt wird, auch finanzierbar.

Wir stützen die Stadt Schwerin, die nach wie vor den Beschluss zum Radentscheid für richtig hält und auch die Forderungen als Grundsatzbeschluss mit höherem Abstraktionsgrad begreift und verteidigt.

## **Auswirkungen von Corona entgegenzutreten -Kinder endlich in den Blick nehmen - [Drucksache 7/6174](#)**

Die Corona-Pandemie stellt insbesondere für Kinder und Jugendliche eine große Belastung dar. Soziale Kontakte mit Freunden und Familienmitgliedern mussten auf ein Minimum reduziert werden. Jugendclubs waren geschlossen. Die Förderung in Kitas war in den letzten Monaten nur eingeschränkt oder gar nicht möglich. Familien waren finanziell und emotional sehr belastet. Die Folgen sind noch nicht absehbar. Bei alledem wurden Kinder und Jugendliche beziehungsweise ihre Interessenvertretungen in politische Prozesse zur Erarbeitung und Verabschiedung der Corona-Maßnahmen nicht eingebunden. Die Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte hat zum 31.10.2020 dazu festgestellt, dass die Verwirklichung der Kinderrechte in Deutschland mit Beginn der Corona-Pandemie erhebliche Rückschritte erlitten hat.

## **Konzept für die Schule nach der Pandemie gemeinsam entwickeln - [Drucksache 7/6178](#)**

Das Schuljahr neigt sich dem Ende. Die Landesregierung hat keinen Überblick darüber, wie viele Unterrichtsstunden tatsächlich aufgrund der Schulschließungen und des Homeschooling ausgefallen sind, wie groß die Wissenslücken sind und wie die Schülerinnen und Schüler dem ausgefallenen Unterricht wieder aufholen sollen. Um im nächsten Schuljahr die Kinder und Jugendlichen in den Schulen nicht allein zu lassen bedarf es eines genauen Konzeptes, wie die Defizite der letzten zwei Schuljahre ausgeglichen werden sollen.

## **Karow als Bahnkreuz reaktivieren -durchgängige Südbahn und länderübergreifende Regionalbahn gemeinsam mit Brandenburg einrichten - [Drucksache 7/6175](#)**

Dieser Antrag soll verhindern, dass Verkehrsverträge für SPNV-Leistungen und den Saisonverkehr für die kommenden Jahre Tatsachen schaffen, die einer Reaktivierung der gesamten Südbahn entgegenstehen würden. In den kommenden Wochen wird entschieden, welches Eisenbahnunternehmen in welchem Umfang in den kommenden Jahren in dieser Region fahren wird. Außerdem soll erreicht werden, eine länderübergreifende Regionalbahnlinie ab Dezember 2022 einzurichten, die von Neustadt/Dosse mindestens bis Karow, besser bis Waren fährt. Später sollen auch wieder Züge bis Güstrow fahren und damit Karow wieder ein Bahnkreuz werden.

## **Ergebnisse des Tages der Menschen mit Behinderungen in der künftigen Arbeit berücksichtigen - [Drucksache 7/6177](#)**

Es war allerhöchste Zeit, dass der Tag der Menschen mit Behinderungen durchgeführt wurde. Seit über zehn Jahren forderten die betroffenen Menschen diesen Tag ein, um auf ihre Belange aufmerksam machen zu können und Forderungen an die Landespolitik zu richten.

## **Ausbildungsförderung an Realitäten anpassen -BAföG endlich grundlegend reformieren - [Drucksache 7/6179](#)**

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zeigt sich erneut, dass die BAföG-Reform 2019 halbherzig war und kein geeignetes Instrument darstellt, das Problem der strukturellen Armut Studierender anzugehen. Viele Studierende haben in den letzten Monaten ihre Nebenjobs verloren, auf die sie zur Finanzierung ihres Studiums angewiesen sind. Von Anträgen auf Nothilfe wurden auch in Mecklenburg-Vorpommern fast jeder Zweite abgelehnt, nicht weil die Antragstellerinnen und Antragsteller über zu viel Geld verfügten, sondern weil ihre Notlage nicht auf die Corona-Pandemie zurückgeht. Immer mehr Studierende studieren in Teilzeit neben Arbeit und Familie. Sie müssen Einkommensverluste kompensieren und werden in der Ausbildungsförderung nicht berücksichtigt.